

Moderation:

Zitat von Gerhart Baum aus einem Interview, dass er im September dem Kölner Stadt-Anzeiger gegeben hatte:

„Ich neige zum Alterszorn. Aber um das auch klar zu sagen: Ich bin trotz aller Warnungen nicht ohne Hoffnung für unsere Demokratie. Wir sind stark. Wir müssen diese Stärke nur entwickeln. Es gibt die Menschen, die bereit sind, die Demokratie zu verteidigen. Wir müssen sie nur aufmerksam machen, dass der Punkt erreicht ist. Wir schaffen das. Aber wir müssen kämpfen!“
Wenn ich mich hier umsehe, wenn ich an die Kundgebungen und Demonstrationen der letzten Wochen denke, dann muss ich Gerhart Baum recht geben:
Ja, es gibt die Menschen, die bereit sind, die Demokratie zu verteidigen. Und sie haben erkannt, dass der Punkt erreicht ist.

Redetext:

"Es ist geschehen, und folglich kann es wieder geschehen. Darin liegt der Kern dessen, was wir zu sagen haben." Mit diesem Satz beschrieb der ehemalige Auschwitz-Häftling Primo Levi seine Aufgabe als Überlebender. Primo Levi ist 1987 gestorben, jetzt ist es unsere Verpflichtung, seiner Aufgabe nachzukommen: Wir müssen daran erinnern, was in der Zeit der Nazi-Diktatur geschehen ist, wir müssen im Bewusstsein behalten, dass so etwas wieder geschehen könnte, und wir müssen alle gemeinsam verhindern, dass es wieder geschieht.

Deshalb trifft man jetzt auf Demonstrationen und Kundgebungen so viele Menschen, die man lange nicht mehr oder sogar noch nie gemeinsam für eine Sache hat eintreten sehen.

Das war vor zwei Jahren schon einmal hier in Waldbröl so: Die AfD hatte sich ausgerechnet die Aula des Schulzentrum für eine Werbeveranstaltung ausgesucht. „Bürgerdialog“ nannten die das – und die Bürgerinnen und Bürger waren gekommen. Nicht zur AfD, sondern zu einer starken Gegenveranstaltung: Mit einer langen Menschenkette und einer Kundgebung machten wir klar, dass wir rechtsextreme Hetze nicht hinnehmen wollen, erst recht nicht da, wo unsere Kinder lernen.

Dass die extrem Rechten sich daraufhin zurückziehen würden, konnten wir nicht erwarten. Statt dessen verstärken sie auch bei uns ihre Aktivität. Von der anderen Rheinseite her ist der AfD-Bundestagsabgeordnete Eugen Schmidt in unseren Kreis, in die Gemeinde Reichshof gezogen und hat im Gummersbacher Ortsteil Vollmerhausen ein „Wahlkreisbüro“ eröffnet. Finanziert mit unseren Steuergeldern – und dabei ist er im Oberbergischen gar nicht gewählt worden. Eugen Schmidt und die oberbergische AfD laden jetzt immer wieder zu Veranstaltungen in dieses Büro ein. Im Oktober gab es ein „Herbsttreffen der Russlanddeutschen für die AfD“, bei dem der AfD-Bundestagsabgeordnete Matthias Helferich auftrat – jener extrem Rechte, der im Bundestag mit der Forderung nach „millionenfacher Remigration“ provoziert hatte. Hunderte Menschen protestierten in Vollmerhausen gegen Helferichs Hetze. Seine Provokation mit „Remigration“ erschien uns damals als eine besonders extreme Position. Ich persönlich hatte in meinem Redebeitrag im Oktober gesagt, dass Helferich selbst der AfD zu extrem sei, weshalb er nicht Mitglied in deren Bundestagsfraktion ist. Ich hatte mich geirrt.

Heute wissen wir: Dieser brutale Plan, Millionen Menschen aus unserem Land zu vertreiben – diese Haltung, die sich gegen die in unserem Grundgesetz festgelegten Werte unserer Gesellschaft richtet, das ist AfD-Mainstream, das ist in der Führungsebene der AfD und auch über die Partei hinaus akzeptiert. 5000 € war es im November 2023 unter anderem Funktionärinnen des „Vereins Deutsche Sprache“ und der „Werteunion“ wert, an dem Treffen in Potsdam mit AfD-Funktionären und anderen extrem Rechten teilzunehmen, in dem es darum ging, wie Millionen von Mitbürgerinnen und Mitbürgern deportiert werden können.

Ja, es ging dem in Potsdam versammelten Kreis nicht darum, ob ein solches Verbrechen begangen werden soll – sondern es ging darum, wie man den monströsen Plan umsetzt. Martin Sellner, ein Nazi aus Österreich – kam da nicht schon einmal einer her? – stellte einen „Masterplan“ vor. Und

das ist das, was die Erinnerung an die Wannsee-Konferenz weckt. Die fand vor 82 Jahren, am 20. Januar 1942, wenige Kilometer vom Ort der jetzt bekannt gewordenen Sitzung entfernt statt. Damals ging es auch nicht mehr darum, ob die jüdische Bevölkerung Europas ausgerottet werden soll – es ging darum, wie der Massenmord effektiv umgesetzt werden kann. Dass die Nazis die Jüdinnen und Juden verfolgen und ermorden wollten, das war längst beschlossen. Es stand schon im Programm der NSDAP.

Und da sind wir bei der nächsten Ungeheuerlichkeit: Führende AfD-Vertreter leugnen die jetzt bekannt gewordenen Pläne gar nicht. Nein, sie sind stolz darauf. „Das ist kein Geheimplan, das ist ein Versprechen“ tönt der AfD-Bundestagsabgeordnete René Springer. Es ist also Teil der Programmatik der AfD. Folglich hat auch Eugen Schmidt kurz nach Bekanntwerden des Potsdamer Treffens auf Facebook demonstrativ für „Remigration“ geworben. Und diese Woche hat er noch einmal nachgelegt und in einem Video klargestellt: „Remigration? Ja! Dazu stehen wir.“ Aber offensichtlich sind diejenigen, die er zu sich in die extrem rechte Ecke ziehen möchte, kritisch geworden. Denn Eugen Schmidt spricht in dem Video weiter von „hundertern Nachrichten besorgter Russlanddeutscher“, die ihn erreicht hätten und muss klarzustellen, dass Russlanddeutsche natürlich mit den Deportationsplänen nicht gemeint seien. Diese unlogische, ungerechte und auch unchristliche Aufspaltung der Zugewanderten scheint auch in Kreisen derer, die aus der ehemaligen Sowjetunion zu uns gekommen sind, aufgefallen zu sein.

Noch ein Wort zu den Zahlen, die in den Plänen der extrem Rechten kursieren. Martin Sellner hat in Potsdam von einem Muster-Staat für 2 Millionen Menschen gesprochen, der in Nordafrika eingerichtet werden soll – nicht in Madagaskar, wie es die Nazis zeitweise für die deutschen Jüdinnen und Juden vorgesehen hatten. Maximilian Kraus, immerhin AfD-Spitzenkandidat zur Europawahl, spricht in seinem Buch „Politik von rechts“ von 12 bis 25 Millionen Menschen, die nach seinen Vorstellungen aus Deutschland vertrieben werden sollen. Ausdrücklich war bei den Deportation-Plänen in Potsdam auch die Rede von "allen, die sich für Geflüchtete einsetzen".

Wir - alle Demokratinnen und Demokraten - werden also auch selber gemeint. Wenn wir jetzt nicht handeln, geht es uns so wie Martin Niemöller, der 1976 in einem Rückblick formuliert hat:

*Als die Nazis die Kommunisten holten,
habe ich geschwiegen,
ich war ja kein Kommunist.*

*Als sie die Sozialdemokraten einsperrten,
habe ich geschwiegen,
ich war ja kein Sozialdemokrat.*

*Als sie die Gewerkschafter holten,
habe ich geschwiegen,
ich war ja kein Gewerkschafter.*

*Als sie mich holten,
gab es keinen mehr,
der protestieren konnte.*

Deshalb ist es wichtig, dass wir jetzt gemeinsam hier stehen. Jetzt, bevor die neuen Nazis wieder die Möglichkeit haben, Menschen abzuholen, um sie zu deportieren. Dass wir jetzt gemeinsam unsere Demokratie und unser Grundgesetz verteidigen.

1933 haben die Menschen nicht gewusst, was es bedeutet, wenn man der extremen Rechten die Macht überlässt. Heute wissen wir es. Und deshalb gibt es keine Entschuldigung, nichts zu tun. Vor uns liegt eine harte, anstrengende Zeit im Wahljahr 2024 und erst recht 2025. Wir müssen da durch. Das geht nur gemeinsam! Natürlich sollen und müssen die demokratischen Parteien um den richtigen Weg, um die richtige Politik streiten. Doch niemals darf eine Partei in den Irrtum verfallen, man könne Wählerinnen und Wähler von den Rechten zurückholen, wenn man die Parolen und die Forderungen der Rechten übernimmt. So etwas adelt die rechte Hetze, erhebt sie

in den Rang des Sagbaren und Diskussionswürdigen. Konkret: Wer das Gerede von einer „Migrationskrise“ übernimmt, der nimmt den Menschen, die vor Krieg und Unterdrückung fliehen müssen, die Würde, indem er sie als Ursache einer Krise bezeichnet und sie verantwortlich macht für die Probleme in unserem Land, zum Beispiel bei der Verfügbarkeit von bezahlbarem Wohnraum. Natürlich hätten wir mehr Wohnungen, wenn alle Migranten vertrieben würden. Aber das hätten wir auch, wenn wir alle Opel-Fahrer vertreiben würden. Oder alle Blauäugigen. Oder alle mit Schuhgröße 43. Das alles wäre gleich unsinnig, unlogisch und unmenschlich.

Allen muss spätestens jetzt klar sein, dass die AfD außerhalb der Werte unseres Grundgesetzes steht, dass niemand, der auch nur einen Funken Anstand hat, mit ihr zusammenarbeiten oder sie wählen kann.

Und es ist höchste Zeit, dieser Partei auch juristisch das Handwerk zu legen, damit sie ihre Propaganda nicht auch noch mit unseren Steuergeldern finanzieren kann.

Marlene Dietrich hat einmal gesagt: "Ich bin aus Anstand Antifaschistin geworden". Lasst uns in diesem Sinne gemeinsam den Anstand haben, gegen das faschistische Gedankengut, gegen Hass und Hetze anzugehen. Wir brauchen einen langen Atem. Aber ich zähle auf euch!